

Antrag

Hannover, den 20.01.2026

Fraktion der CDU

Schulleitungen jetzt entlasten - Verwaltungsassistenz und IT-Administration an allen Schulen dauerhaft verankern

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der schulische Alltag ist zunehmend von zusätzlichen Aufgaben geprägt, die weit über das eigentliche Unterrichten hinausgehen. Lehrkräfte und Schulleitungen müssen sich neben ihrer pädagogischen Arbeit immer mehr mit Verwaltungsaufgaben, Abrechnungen und organisatorisch-technischen Anforderungen befassen. Das kostet wertvolle Zeit und Energie, die im Unterricht und in der wichtigen Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern fehlt.

Besonders deutlich zeigt sich dieses Problem an den Grundschulen: Schulleitungsstellen bleiben häufig über längere Zeit unbesetzt, da die Belastung durch die Kombination von Unterrichts- und Leitungsaufgaben kaum noch zu bewältigen ist. Trotz vielfältiger Maßnahmen hat sich die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen nicht nachhaltig verbessert. Gleichzeitig bleibt die dringend notwendige Entlastung von Schulleitungen und Kollegien bei administrativen Aufgaben unzureichend organisiert. Vor dem Hintergrund einer Unterrichtsversorgung von 96,9 % im Schuljahr 2024/2025 in Niedersachsen schaffen Verwaltungsassistenzen die Voraussetzung, diese Quote zu stabilisieren und langfristig zu verbessern.¹ Durch die gezielte Übernahme administrativer und organisatorischer Aufgaben durch Verwaltungsassistenzen können Lehrkräfte sich stärker auf die Unterrichtsvorbereitung, Unterrichtsdurchführung und individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler konzentrieren. Dies trägt unmittelbar dazu bei, Unterrichtslücken zu vermeiden und eine Vollversorgung des Unterrichts sicherzustellen, ein entscheidender Faktor für die Bildungsqualität und die Entwicklungschancen der Schülerinnen und Schüler.

Die bisherige Einführung von Verwaltungsassistenzen an 21 niedersächsischen Modellschulen erweist sich hier als wirksame Unterstützung. Sie übernehmen zentrale organisatorische Aufgaben, entlasten die Schulleitungen und ermöglichen es Lehrkräften, den Fokus wieder stärker auf ihre pädagogische Kernaufgabe - den Unterricht - zu richten.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. das Modellprojekt Verwaltungsassistenz auf Grundlage der Evaluationsergebnisse unverzüglich zu verstetigen, damit Schulleitungen und Lehrkräfte nachhaltig von administrativen, organisatorischen und IT-bezogenen Aufgaben entlastet werden,
2. eine flächendeckende Einführung von Verwaltungsassistenzstellen an Schulen ab dem Schuljahr 2027/2028 zu ermöglichen und für eine gesetzliche und finanzielle Verankerung Sorge zu tragen,
3. vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels attraktive, unbefristete Stellen zu schaffen und den Quereinstieg als positive Möglichkeit herauszustellen,
4. einen landesweiten Aufgabenkatalog für Verwaltungsassistenzen festzulegen und zugleich den Schulen im Rahmen ihrer Eigenverantwortung das Recht einzuräumen, diesen Katalog passgenau zu priorisieren, damit jede Schule ihren spezifischen Bedarf abbilden kann,

¹ <https://www.haz.de/der-norden/so-starten-die-schulen-in-niedersachsen-ins-zweite-halbjahr-2025-OUJA5LKOLZBC3II2AIKCH4EEQM.html>

5. für Schulen die Möglichkeit zu schaffen, auch schulübergreifende Verwaltungsassistentenstellen einführen zu können,
6. für Verwaltungsassistenten im Bereich der IT-Administration verpflichtende Fortbildungen einzuführen,
7. das Projekt im Rahmen des laufenden Prozesses ab dem Schuljahr 2027/2028 fortlaufend zu evaluieren und anzupassen.

Begründung

Mit dem Start des Modellprojektes 2023 wurde das Ziel verfolgt, Lehrkräfte und Schulleitungen von administrativen Aufgaben zu entlasten. Gleichwohl liegt bis heute keine verbindliche landesweite Regelung vor, keine Aufgabenprofile, keine Stellenkalkulation, obwohl mehrere kleine Anfragen zur schriftlichen Beantwortung und Gespräche mit der Praxis den Handlungsdruck dokumentieren. Parallel dazu wurden hohe Summen für Digitalisierung bereitgestellt, die Vor-Ort-IT-Unterstützung jedoch fehlt.

Die landesweite Verstetigung und Ausweitung des Modellprojekts setzt ein wichtiges Zeichen in Richtung der Schulen, stärkt ihre Eigenverantwortung und verdeutlicht, dass mit diesem Ansatz gezielt die Belastung der Lehrkräfte durch die Vielzahl von Verwaltungsaufgaben reduziert werden soll. Dadurch gewinnen Lehrerinnen und Lehrer mehr Zeit und Energie für ihre eigentlichen Kernaufgaben, die pädagogische Arbeit und die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler. Indem administrative Aufgaben von Schulverwaltungsassistenten übernommen werden, wird der Schulbetrieb nicht nur effizienter organisiert, sondern auch die Qualität der schulischen Arbeit insgesamt gestärkt.

Eine Professionalisierung der schulischen Verwaltung durch Verwaltungsassistentenstellen verbessert die Kommunikation zwischen Schulleitung, Kollegium, Eltern und Behörden und erhöht die Attraktivität des Lehrerberufs, da die Unterrichtstätigkeit wieder stärker in den Mittelpunkt rückt. Somit wird nicht nur die Organisation an den Schulen optimiert, sondern auch ein entscheidender Beitrag zur Sicherung von Bildungsqualität geleistet.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin